Welche Strategien verfolgt Putin?

Christoph Noebel, 3.11.2025

Mediale Debatten über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine werden aktuell von einer einfachen Argumentationslinie dominiert: Vladimir Putin sei ein gewalttätiger Schurke, Kriegsverbrecher, machthungriger Imperialist und demzufolge ein brutaler Aggressor. Sein Ziel sei nicht nur, die gesamte Ukraine in ein russisches Großreich zurückzuführen, sondern auch Europa und die Nato militärisch anzugreifen. Deutschen Geheimdiensten zufolge könne er in spätestens drei Jahren einen kriegerischen Angriff auf die Europäische Union und Nato beginnen.

Multidimensionale Perspektive

Über die Charakterisierung Putins als völkerrechtswidriger Kriegsverbrecher besteht auf Grund seines Verhaltens kein Zweifel. Doch reichen kritische Zuschreibungen der Persönlichkeit aus, um daraus seine Pläne und Strategien für die Zukunft ableiten zu können? Wer kennt schon die wahren Absichten Putins? Ist es nicht möglich, dass über seine Kriegsbreitschaft hinaus weitere Motive und Strategien sein Handeln bestimmen? Was wäre, wenn sein Kalkül hinsichtlich der Ukraine und Europa komplexer ausfallen würde? Da Debatten über persönliche Motive und zukünftige Szenarien grundsätzlich in den Bereich der Spekulation fallen, ist die Frage berechtigt, ob nicht Putins Strategien in Bezug auf die Ukraine und Europa vielleicht Teil eines umfangreicheren Konzepts entsprächen. Sich mit der Möglichkeit vielfältiger und langfristiger Anliegen Putins zu befassen, ist nicht trivial, denn eine umfassendere Analyse hat zur Folge, dass sich europäische Staaten und die Nato Gedanken über entsprechend unterschiedliche Reaktionen und Handlungsweisen machen müssten. Um die Konsequenzen dieses Ansatzes zu erläutern, lassen sich hinsichtlich Putins Beweggründe drei Dimensionen nennen, die ineinandergreifen und vielleicht ein angemesseneres Gesamtbild seiner langfristigen Strategien zeichnen. Eine derartig neutrale Erklärungsanalyse darf natürlich nicht mit einer Rechtfertigung oder gar Verteidigung der Handlungen Putins verwechselt werden.

Nationale Beweggründe

Als erste Bezugsebene sei sein „nationales“ Bedürfnis genannt, einen Regimewechsel in der Ukraine herbeizuführen. Das Streben nach Regimewechsel und entsprechende Brüche des Völkerrechts sind keine Alleinstellungsmerkmale Putins, denn auch die USA und Europa bewiesen in jüngster Vergangenheit, dass sie sich nicht vor völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen scheuen. Im Falle der Ukraine bleibt noch unklar, in welchem Maße Putins Außenpolitik und aktuelle Kriegsführung mit einer vollkommenen Eingliederung in die russische Föderation einhergehen muss. Obwohl der Angriff auf die Ukraine einem expansiven Plan folgt, dient er gleichzeitig innenpolitischen Zwecken.

Wie viele Spitzenpolitiker und Autokraten, leidet Putin offensichtlich unter Eitelkeit und Selbstüberschätzung, wobei sein Streben nach Aufmerksamkeit und Anerkennung besonders ausgeprägt zu sein scheint. Gepaart mit seiner autokratischen Disposition würde er gerne als “großer Herrscher“ in die Geschichte Russlands eingehen. Als Vorbild dient zunehmend Stalin, der den aggressiven Angriffskrieg der Naziherrschaft abwehrte und aus diesem Grund heute noch in der Bevölkerung historische Bewunderung hervorruft. Putins propagandistischer Bezug zum Nationalsozialismus überrascht somit nicht, denn er weckt aus innenpolitischem Kalkül Vergleiche mit Stalin.

Destabilisierung Europas

Neben dem national gearteten Motiv, die Ukraine angreifen und erobern zu wollen, lässt sich Putins aggressive „Europapolitik“ als zweiten Aspekt einer breitgefächerten Strategie deuten. Wie der ehemalige Außenminister und heutige Kritiker Putins, Andrei

Kosyrew, kürzlich in einem Interview bestätigte, geht es Putin nicht nur um Landgewinn in der Ukraine, sondern um die Destabilisierung Europas. Mit dem militärischen Großangriff auf die Ukraine in 2022 brachte er nicht nur Europa und die Nato in Bedrängnis, es begannen gleichzeitig verstärkte Einsätze „hybrider Kriegsführung" auf europäische Einrichtungen. Aktuell haben wir es in Bezug auf europäische Mitgliedstaaten der Nato sowohl mit Cyberangriffen, Desinformation und Spionageaktivitäten als auch mit Provokationen mittels Luftraumverletzungen durch Drohnen und Kriegsflugzeuge zu tun. Putins Reizpolitik scheint Früchte zu tragen, denn sie schürt allgemeine Verunsicherung in Staaten Europas, auf die politisch mit militärischem Aufrüsten und entsprechend höherer Staatverschuldung reagiert wird. Ein Problem für europäische Entscheidungsträger besteht somit darin, dass Drohungen Russlands nicht zwangsläufig mit einem zukünftigen Militärangriff einhergehen müssen. Nicht nur bezweifeln internationale Militärexperten, wie der ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat oder der österreichische Politologe Gerhard Mangott, die russische Fähigkeit und Sinnhaftigkeit einer kriegerischen Eskalation durch einen Angriff auf Natomitglieder, sondern zusätzlich könnte ein paradoxes Kalkül Putin davor abhalten: Ihm reicht womöglich die ängstlichen Reaktionen in Politik und Medien, etwa durch die reflexartigen Rufe nach „Kriegstüchtigkeit", um in seinem Sinne für interne Unruhe und Spaltung zu sorgen. Putins Strategie, auf die politische Uneinigkeit sowie auf die fehlenden Entscheidungs- und Umsetzungsfähigkeiten der EU zu spekulieren, wäre nicht ganz abwegig.

Seine offensichtliche Feindseligkeit gegenüber Europa wirft unweigerlich die Frage auf, ob nicht Ereignisse und Faktoren aus der Vergangenheit zur ablehnenden Haltung seit seiner Amtsübernahme als Staatspräsident in Dezember 1999 beitrugen. Obwohl es für Vertreter von Politik, Medien und sogar der Wissenschaften unangenehm erscheinen mag, gilt für den Umgang mit Krisensituationen grundsätzlich die Notwendigkeit, eine umfangreiche Ursachenforschung vorzunehmen. Sollte Interesse an einer Untersuchung des Verhaltens Putins in Bezug auf seine Europapolitik herrschen, lassen sich neben der einfachen Charakterisierung seiner Bösartigkeit zwei weitere Erklärungsansätze nennen.

In internationalen Treffen und Sicherheitskonferenzen verwies Putin stets auf fehlendes Vertrauen ihm gegenüber seitens amerikanischer und europäischer Regierungen. Er beklagte das Ignorieren russischer Interessen, demonstriert durch die fortwährende Osterweitung Europas und der Nato. Hier kommt womöglich eskalierend die in 2014 geäußerte Provokation Barak Obamas ins Spiel, dass Russland nur einer Regionalmacht entspräche. Angesichts der Eitelkeit und Verletzlichkeit des Nationalisten Putins lässt sich sein Angriff auf die Ukraine somit unter anderem als Vergeltung oder Rache gegen die Missachtung und gefühlte Beleidigung der USA und europäischer Staaten ihm gegenüber deuten. Wiederum dient diese Begründung keineswegs einer Rechtfertigung.

Der zweite Impuls für Putins Animosität gegenüber europäischen Staaten ergibt sich aus seiner frühen Skepsis in Bezug auf die Leistungsfähigkeit und Werte der liberalen Demokratie, die sich scheinbar in eine vollkommene Abneigung verwandelte. Heute bezeichnet er diese Staatsform als individualistisch, verweichlicht, sentimental-moralisch und funktionsunfähig. In der Umsetzung seiner Kriegsführung und Verunsicherungsstrategie kommt ihm daher die zunehmende Verbreitung autokratischen Gedankenguts in Europa zugute, die sich in einer Distanz zur Praxis der Demokratie und im Zulauf extremistischer Parteien niederschlägt. Auch wenn russische Propaganda zu dieser Entwicklung beiträgt, wächst der Zersplitterungsprozess der politischen Landschaft in der EU primär durch interne Probleme: Politische und bürokratische Entscheidungsträgheit, irrationale Kurzsichtigkeit und Unbeständigkeit in Europa sind zum Teil auf national

kleingeistige Bestrebungen und womöglich auch auf die Kehrseiten des Pluralismus zurückzuführen.

Aus dieser Diagnose lässt sich ableiten, dass Putin nur geringfügige Maßnahmen der Destabilisierung benötige, da es die europäische Politik durch eigenhändiges Handeln schaffen könne, in der Bevölkerung für Unsicherheit zu sorgen und Vertrauen zu verlieren. Bereits Winston Churchill bezeichnete kritisch die liberale Demokratie als beste aller schlechten Staatssysteme. Trotz täglicher Belege für politisches und behördliches Versagen finden differenzierte Debatten über die Schwächen der repräsentativen Demokratie als potentielles Motiv für Putins Strategien kaum statt. Im Gegenteil, europäische Politik vermittelt mit missionarischem Eifer den Eindruck moralischer Überlegenheit. Es gilt die undiplomatische Devise, andere Staatsführende zu kritisieren und sie nach eigenen Wertevorstellungen öffentlich zurechtzuweisen.

Geopolitische Machtverschiebungen

Der Aspekt politischer Großmannssucht bietet einen Übergang zur Annahme einer dritten Strategieebene Putins: Sein Beitrag zu „geopolitischen" Machtverschiebungen. Bereits in 2006 gründeten sich die sogenannten BRIC-Staaten, zu denen neben Russland auch Brasilien, Indien und China zählten, um gemeinsam auf der internationalen Weltbühne aufzutreten und eine politische Gegenposition zu den westlichen G7-Staaten zu bilden. Danach sind mehrere Mitglieder des „globalen Südens" dazugekommen und stellen nun eine beträchtliche Machtposition in Opposition zum „globalen Westen" dar, die nicht mehr zu ignorieren ist. Nicht nur im Rahmen der BRICS- Vereinigung, sondern als Gründungsmitglieder spielen Xi Jinping aus China und der russische Putin eine führende Rolle in der UNO-unabhängigen „Shanghai Cooperation Organisation". Ebenso stellt die in 2022 von China mit gegründete „International Organization for Mediation" eine neue Alternative zu vergleichbaren Institutionen des Westens dar und verfügt heute über 38 Mitgliedstaaten. Obwohl die politischen Positionen dieser Gemeinschaften durchaus heterogen ausfallen, verfügt Putin heute über ein geopolitisches Netzwerk, das seine Kriegsführung in der Ukraine und seine Antipathie gegenüber Europa entweder neutral oder positiv bewertet. Es ist diese breitgefächerte Kooperation mit Gleichgesinnten, die es Russland ermöglichte, mit Diversifizierung die Einbußen der westlichen Wirtschaftssanktionen deutlich abfedern zu können.

Sieg des weltweiten Liberalismus?

Mit dem Ende des Kalten Kriegs und dem Zusammenbruch der Sowjetunion herrschte in westlichen Demokratien eine Stimmung der Euphorie. Der Liberalismus in Form freier Marktwirtschaften und liberaler Demokratien habe sich global als die beste Ideologie bewährt. Das von Francis Fukuyama verkündete „Ende der Geschichte" symbolisierte die allgemeine Stimmung, dass sich die liberalen Systeme des Westens weltweit durchsetzen würden. In politischen Kreisen der westlichen Demokratien führte diese Haltung zur Überschätzung der eigenen Kräfte und zu moralischem Übermut gegenüber Staaten mit anderen Werten und Staatsformen. Mit dem Fall der Mauer 1989 veränderte sich somit die westliche Außenpolitik von einer generell neutralen und interessengeleiteten Haltung, vertreten durch Henry Kissingers oder Willy Brandts diplomatische Entspannungspolitik, hin zu einer weitgehend wertegeleiteten Politik des Belehrens und Forderns. So ist zum Beispiel Obamas Beleidigung auf Kosten Russlands ein treffendes Beispiel für die unnötige Hybris amerikanischer Politik. Es verwundert nicht, dass heute aus Kreisen des globalen Südens und Russlands behauptet wird, die Zeiten der Demütigungen des Westens seien vorbei.

Insgesamt traf Fukuyamas Prognose nur auf die Ausbreitung der liberalen Marktwirtschaft zu, nicht auf die Ausdehnung liberaler Staatsformen. Nicht nur Länder des globalen Südens und Mitglieder der BRICS-Gemeinschaft verfügen über Staatsformen mit au-

tokratischen Strukturen, auch die USA und mehrere Staaten Europas zeigen zunehmend Veränderungen hin zu Formen illiberaler Demokratien. Diesbezüglich beschreiben die Journalistin Anne Applebaum[1] oder die Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt[2] einen schleichenden Wandel der westlichen Politik hin zu autokratischen Tendenzen. Machtspiele schlagen sich in einer Polarisierung der Gesellschaft nieder und beschädigen das Fundament der liberalen Demokratie. Auf den Punkt gebracht, argumentieren die Autoren: Demokratien scheitern nicht nur an der Stärke ihrer Feinde, sondern auch an der Schwäche ihrer Vertreter. Ob es die liberalen Demokratien in Europa langfristig schaffen werden, die innenpolitisch selbstzerstörerischen Prozesse aufzuhalten, bleibt eine offene Frage. In jedem Falle dienen derartige Entwicklungen den Autokraten Putin, Xi oder Modi als Argument für die Schwäche und Doppelmoral des „Westens". Alleine wegen der großen Bevölkerungsdichte und wirtschaftlichen Macht des „Südens" wird ihr globaler Einfluss wahrscheinlich wachsen. Diese Entwicklung kann durchaus dazu führen, dass Europa langfristig seine internationale Machtbasis einbüßen wird und in außenpolitische Isolation gerät.

Antworten des Westens?

Stimmt man der These zu, dass Putins Strategien in Bezug auf die Ukraine und Europa vielschichtiger ausfällt als das einfache Argument seiner persönlichen Aggression, stellt sich die Frage, wie der Westen darauf zu antworten habe. Aus der multidimensionalen Perspektive unterschiedlicher Strategien, ergibt sich die erste Folgerung: Wie es aktuell Donald Trump vormacht, könne man sich etwas gelassener mit Putins Interessen auseinandersetzen. Dafür bedarf es in Europa und der Nato einer diplomatischen Dialogbereitschaft mit Russland und gleichgesinnten Staaten auf Augenhöhe. Es bedeutet, weniger fordern, mehr zuhören, andere Kulturen verstehen und eigene Interessen mit klaren Worten vortragen. Dieser außenpolitische Verhaltensmodus entspricht dem außenpolitischen Konzept einer „strategic empathy". Zweitens braucht es mehr Demut und Bescheidenheit im Eingeständnis, dass Europa und die Nato zur aktuellen Konfliktsituation in der Ukraine indirekt beigetragen haben. Nach Angaben des ukrainischen Politikers David Arakhamia, des ehemaligen Premierministers Israels Nafatli Bennett und der US Staatsekretärin Victoria Nuland, die an den Friedensgesprächen im April 2022 teilnahmen, war es westlicher Druck, der Wolodymyr Selenskyj damals davon abhielt, einem Friedensabkommen und der entsprechenden Waffenruhe zuzustimmen[3].

Die Tatsache, dass Putin heute weltweit über die Unterstützung mächtiger Weggefährten verfügt, die meist ebenso eine Rechnung mit dem Westen offen haben, trägt zur Verlängerung des Konflikts bei. Die aktuell unberechenbare Politik Trumps sorgt in diesem Zusammenhang für zusätzliche Unsicherheiten und erfordert erst recht diplomatisches Geschick. Daher wäre es drittens ratsam, die globale Ausrichtung der Außenpolitik auf einen sachbezogenen Weg zu führen: Die Zeiten öffentlicher Beleidigungen und moralischer Belehrungen sollten enden, um einen vernünftigen Dialog mit Andersdenkenden führen zu können. Dies trifft erst Recht dann zu, wenn sich die Fordernden in einer strategischen Abhängigkeit befinden.

Lösungsszenarien des Ukrainekriegs

Was bedeutet dieser differenzierte Blick für die Möglichkeit eines Endes des Ukrainekonflikts? Zunächst must hervorgehoben werden, dass dank des enormen Widerstands der Ukrainer mit Unterstützung der Nato die russische Armee nach drei Jahren „nur" etwa zwanzig Prozent des Landes erobern konnte. Dieser Sachverhalt geht jedoch mit der brutalen Taktik einher, durch Luftangriffe für Zerstörung im ganzen Land zu sorgen. Für ein Ende des Krieges sagte der Militärexperte Mangott in öffentlichen Kommentaren bereits kurz nach dem ursprünglich gescheiterten Angriff vorher, dass die Wahrscheinlichkeiten einer russischen Eroberung des gesamten Landes ebenso wie ein Rückdrän-

gen der russischen Truppen durch die Ukraine äußerst gering ausfielen. Es hieß damals schon, der kriegerische Konflikt könne nur durch Verhandlungen gelöst werden.

Vor Kurzem scheinen daher einige von Trump eingeleitete Lösungsansätze etwas Hoffnungen zu wecken: Unabhängig davon, ob die Waffen vor einem neu verhandelten „Deal“ schweigen oder erst danach, ist nach aktuellem Stand vorauszusehen, dass Russland de facto eroberte Gebiete behalten und vielleicht eine Absage zur Mitgliedschaft der Ukraine in die Nato erhalten wird. Momentan lehnen Selenskyj und europäische Regierungen diesen einseitigen Plan ab, denn er bestätige die „Macht des Stärkeren“. Obwohl diese Kritik berechtigt ist, beweist sie, dass seitens Europa moralische Empörung vor Realismus und Pragmatismus gestellt wird. Die aktuelle Situation wird nicht zielführend vom Ende her gedacht, denn Putin wird sich freiwillig nicht vollkommen zurückziehen wollen. Die Fortsetzung des Krieges durch europäische Unterstützung beruht somit auf der spekulativen Erwartung, das Ruder mit vereinten Kräften herumreißen zu können, um einen gerechten „Frieden durch Stärke“ in der Ukraine zu erzwingen. Erfreulich, wie dieses optimistische Ergebnis wäre, birgt der notwendige Einsatz dafür ein Risiko. Sollte das wünschenswerte Szenario ausbleiben, würde die weitere Militärunterstützung gegenteilige Auswirkungen zur Folge haben. Eine Fortführung des Kriegsgeschehens könne die Zerstörung der Ukraine nicht aufhalten und würde das Leid der Soldaten und Bevölkerung verlängern.

Zusammenfassend bergen aktuelle Verhandlungslösungen des Konflikts ein moralisches Dilemma: Gerechtigkeit versus Einhalt des Tötens. Zur Handhabe dieser Zwangslage bedarf es in erster Linie nüchterner Einschätzungen von Wahrscheinlichkeiten. Daraus ergeben sich folgende Fragen: Wie lange kann Putin die russischen Angriffe wirtschaftlich und militärisch weiterführen, wenn demnächst eine Lösung ausbleibt? Wie funktionsfähig und verlässlich ist die Koalition der Willigen in Europa? Wie lange ist Europa bereit, mit militärischer Unterstützung der Ukraine das Risiko einzugehen, den zerstörerischen Krieg zu verlängern und gegebenenfalls zu eskalieren? Wäre ein nachhaltiger „Interessensausgleich“ möglich? Ist Präsident Trump in der Lage, eine Einigung zu erzielen, auch wenn sie wegen Landverlusten der Ukraine ungerecht ausfällt, im Rahmen einer Einigung jedoch die Angriffe stoppt? Sicherheitsgarantien stellen für die Ukraine eine notwendige Bedingung für die Lösung des Konflikts dar und werfen die Frage auf, in welchem Ausmaß Europa diese Aufgabe übernehmen könnte. Um den Bogen weiter zu spannen, wie weit sind europäische Regierungen willens und bereit, sich auf der Weltbühne einer nachhaltigen Diplomatie der Kooperation und Konfliktbeseitigung mit dem globalen Süden zu verschreiben, die langfristig ausgerichtet ist und geopolitische Realitäten berücksichtigt? Da sich aktuell die deutsche Politik und Medienlandschaft fast ausschließlich aus moralischen Gründen auf die Aggression Putins konzentriert, erscheint es umso wichtiger, realistische und lösungsorientierte Debatten über seine Strategien zu führen. In letzter Instanz geht es nicht nur um die Ukraine, sondern allgemein um die zukünftige Rolle Europas in einer zunehmend multipolaren und konfrontativen Welt.

Literatur

1. Applebaum, Anne (2020): „Twilight of Democracy: The seductive Lure of Authoritarianism“, Doubleday, 2020
2. Levitsky, Steven und Daniel Ziblatt (2018): „How Democracies Die”, Crown, 2018; deutsche Ausgabe: „Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können“, DVA, 2018
3. Episkopos, Mark (2024): “Nuland fuels theory that Western powers killed 2022 peace deal”, Responsible Statecraft, Sep 10, 2024